

LÖHNE RAUF! Faire Arbeit für uns alle

Die Früchte der Arbeit müssen denen zugute kommen, die sie leisten, fordert die KPÖ.

„Unser Ziel ist eine Welt, in der man bei Pensionsantritt auf ein Arbeitsleben zurückblickt mit dem Gefühl, nicht umsonst gearbeitet zu haben“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Derzeit geht es ganz anders zu, hört die KPÖ-Klubchefin in ihren Sprechstunden immer öfter. Die Zahl derer, die mit dem Einkommen aus einem oder gar mehreren Jobs nicht leben können, steigt. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Unternehmen auf Kosten der Arbeitenden.

Die KPÖ sagt: höhere Löhne statt steigende Profite und fette Dividenden für betuchte Aktionäre!

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde oder 1600 Euro pro Monat für einen Ganztagesjob (brutto).

Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich.

Unternehmen, die wie AT&S, Epcos oder Magna Millionen an Wirtschaftsförderung kassierten und trotzdem Jobs streichen, sollen diese zurückzahlen müssen – oder das Land bekommt Anteile. Und die KPÖ fordert ein Beschäftigungspaket der öffentlichen Hand.

WUSSTEN SIE...?

„2005 haben die Beschäftigten in St. Pölten 600 Millionen Euro verdient. Im gleichen Jahr hat eine Investorengruppe die Anteile am Böhler-Uddeholm-Konzern um 670 Millionen Euro verkauft. Was ist der Unterschied? - Die St. Pöltner haben 200 Millionen Euro Steuer bezahlt, die Investorengruppe keinen einzigen Euro.“ Rudolf Kaske, ÖGB

Arbeit wird immer schlechter bezahlt

Diejenigen, die den Reichtum erarbeiten, haben immer weniger davon. Immer weniger Menschen haben die Chance auf eine Arbeit, von sie gut leben können.

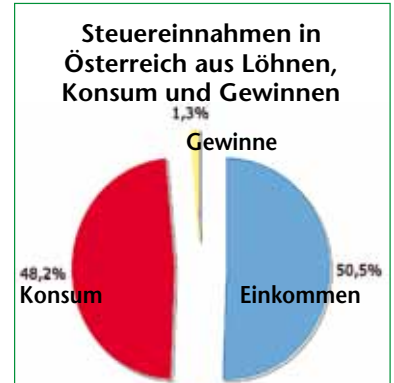
Wer noch Arbeit hat, ist einem enormen Leistungsdruck ausgesetzt. Dieser Druck und das Gefühl, jederzeit ersetzbar zu sein, führen zur Burnout und Frustration. Aber nicht nur die Arbeitsbedingungen, auch die Bezahlung wird immer schlechter.

Diese Entwicklungen sind kein Naturgesetz, sondern von der herrschenden Politik

bewusst herbeigeführt. Die KPÖ fordert deshalb ein Beschäftigungspaket der öffentlichen Hand. Es gibt in vielen Bereichen einen riesigen Mangel an Arbeitskräften. Beispiele sind das Gesundheits- und Bildungswesen, die Pflege, der öffentliche Verkehr und der Wohnbau.

Ohne eine faire Besteuerung von Gewinnen und großen Vermögen wird eine gerechte Arbeitswelt nicht zu erreichen sein. Selbst in der Krise streichen Aktionäre und Manager unverhältnismäßig hohe Gehälter und Bonuszahlungen ein. Wenn es für die Banken viele Millionen Euro gibt, dann muss doch auch

Geld für faire Arbeitsplätze vorhanden sein.



Zwischen 1995 und 2008 ist die Lohnquote von 65% auf 58% des Bruttoinlandsprodukts eingebrochen. Gleichzeitig ist der Anteil der Gewinneinnahmen von 35% auf 42% hochgeschwollen.

250.000 Erwerbstätige arbeitslosgefährdet

Das brachte Ausfälle bei den Staats- und Sozialversicherungseinnahmen. Die Verluste in den letzten 15 Jahren: Um rund 57,5 Milliarden sind die Nettolöhne niedriger ausgefallen; gleichzeitig sind 15,3 Milliarden Lohnsteuer und 25,6 Milliarden Euro Versicherungsabgaben ausgeblieben. Mit dem Nebeneffekt, dass mittlerweile in Österreich 250.000 Erwerbstätige arbeitslosgefährdet sind. Mit den Verteilungsverhältnissen von 1995 könnte sowohl die Konjunktur angekurbelt als auch die Pensionen finanziert werden.

Claudia Klimt-Weithaler
Löhne rauf! Profite runter!



Arbeit für
alle zu fairen
Bedingungen

Zuhören. Helfen. Durchsetzen.

KPÖ wirkt!

Wachstum der Einkommen aus Löhnen und Gewinnen 2002-2008

